

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/009(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 21.04.2005	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609	17:00Uhr	19:00Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2005 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

4. Neuwahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen 02, 03 und 07 Vorlage: DS0107/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Änderung der Grünanlagensatzung - Rauchverbot auf Spielplätzen Vorlage: DS0084/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Konzept zur Beschilderung von Strecken für Inline-Skater Vorlage: A0008/05

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss folgenden **Änderungsantrag:**

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Stadtrat bis zur Oktobersitzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0008/05 in geänderter Fassung:

4 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

6.1. Konzept zur Beschilderung von Strecken für Inline-Skater
 Vorlage: S0026/05

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Gewalt an Magdeburger Schulen
 Vorlage: A0034/05

Frau Andrae vom Schulverwaltungsamt informiert, dass es sich bei dem Albert-Einstein-Gymnasium um einen Schwerpunkt handelt. Da es sich hier um ein offenes Gelände handelt, handelt es sich bei den Beschädigungen in erster Linie um Graffiti und defekte Scheiben. Zur nächsten Sitzung des Bildungsausschusses wurde die Polizeidirektion Magdeburg eingeladen.

Herr Heintz hält die Anzahl der Delikte bei Rauschgift für zu gering.

Herr Meinecke führt aus, dass die von der Polizei erstellte Statistik nur die abgeschlossenen Verfahren ausweist. Die Dunkelziffer liegt sicherlich viel höher.

Herr Platz schlägt vor, für die Junisitzung des Ausschusses die Polizeidirektion Magdeburg zu dieser Problematik einzuladen.

Der Ausschuss fasst folgenden **Änderungsantrag**:

Der Punkt 2 des Antrages A 0034/05 ist wie folgt zu ändern:

2. Die AG Gewalt ist um Vertreter aus dem Jugendforum, dem Stadtschülerrat sowie dem Stadtelternerat zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum A 0034/05 in geänderter Fassung:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7.1. Gewalt an Magdeburger Schulen
Vorlage: S0063/05

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Dienstgeheimnisse
Vorlage: A0147/04

Herr Koch macht Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Platz legt dar, dass es sich bei dieser Sache um ein Spannungsfeld handelt.

Herr Heintz fragt nach, ob er als Aufsichtsratsmitglied seiner Fraktion eine Mitteilung geben darf.

Herr Koch äußert, dass gegenüber der Fraktion keine Auskunft gegeben werden darf. Thematisiert werden kann eine Problematik nur in nichtöffentlicher Sitzung im Verwaltungsausschuss.

Herr Platz führt aus, dass der Stadtrat ein Weisungsrecht hat. Wie soll er aber sein Weisungsrecht ausüben, wenn er nicht informiert wird.

Herr Marske ist der Auffassung, dass die Berichtspflicht an den Stadtrat im Gesellschaftervertrag aufgenommen werden sollte.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

8.1. Dienstgeheimnisse
Vorlage: S0025/05

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Für ein sauberes Magdeburg

9.1. Aktion "Saubere Stadt" Vorlage: DS0206/05

Herr Platz führt in die Problematik Aktion „Saubere Stadt“ ein.

Herr v. Baur informiert, dass der Stadtordnungsdienst bezogen auf das Wegwerfen von Kleinabfällen ab 02.05.2005 eine Pilotphase im Rahmen des Präsenzdienstes auf Kinderspielplätzen durchführt. Das bedeutet, dass dort kein Pardon mehr für „wegwerfendes Verhalten“ besteht. Zu einem späteren Zeitpunkt können die dann gesammelten Erfahrungen auf andere Gebiete ausgeweitet werden. Es ist momentan personell nicht zu realisieren, die „Kleinsünder“ im gesamten Stadtgebiet zu ahnden. Die Öffentlichkeit soll gezielt informiert werden.

Herr Meinecke ist der Auffassung, dass sich der Erfolg dieser Aktion in der Sauberkeit der Stadt zeigen wird. Es sollten auch die Polizisten, die Fußstreife laufen, dazu sensibilisiert werden, da sie berechtigt sind, Ordnungswidrigkeiten zu ahnden.

Herr Lischka ist der Meinung, dass die vorliegende Prägnanzliste nach einer gewissen Zeit ausdifferenziert werden sollte (Wiederholungstäter etc).

Herr Platz führt aus, dass die Verwaltung in ca. ½ Jahr dem Ausschuss einen Zwischenbericht geben wird.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

10. Verschiedenes

Zur Anfrage von Herrn SR Veil aus der Märzsession, ob Behördenmitarbeiter Delikte zur Anzeige bzw. verfolgen dürfen, informiert **Herr Marske**, dass es eine Verordnung über Vollzugsbeamte gibt. Entsprechend dieser Verordnung ist eine besondere Ausbildung erforderlich. Es können alle Verwaltungsmitarbeiter eingesetzt werden, wenn sie entsprechend dazu verpflichtet worden sind. Um unterhalb der Schwelle einer förmlichen Verpflichtung Vollzugsaufgaben wahrnehmen zu können, schlägt die Verwaltung jedoch vor, die Mitarbeiter anzu-

halten, dem Stadtordnungsdienst Verstöße zu melden und sich für entsprechende Aussagen im Bußgeldverfahren bereitzuhalten. Dies würde unnötige Kosten, z.B. infolge Höhergruppieren, vermeiden.

Zum Thema „Ordnungshelfer“ informiert **Herr Platz**, dass es Anfang März eine breit angelegte Sitzung des Innenministeriums gab. Das Ergebnis dieser ist, dass es für den derzeitigen Ordnungsdienst keine Rechtsgrundlage gibt, da der Ordnungshelfer schlicht hoheitlich tätig wird. Das Innenministerium trägt das derzeitige Modell nicht mit. Die Verwaltung soll einen Bürgerverein initiieren. Dies will die Verwaltung jedoch absolut nicht. Die Verwaltung hat dem Ministerium einen Vorschlag zum zukünftigen Modell unterbreitet. Zum derzeitigen Modell gibt es folgende Veränderungen:

Der zeitliche Rahmen der Bereitschaftserklärungen wurde gestrichen. Weiterhin wurden die Verpflichtung an Schulungen teilzunehmen, auf Anruf tätig zu werden sowie die konkrete Aufgabenverteilung gestrichen.

Um einheitlich zu handeln müsste die Innenministerium eine Rechtsgrundlage schaffen.

Herr Heinl legt dar, dass es ihn zunehmend stört, dass am City-Care angesiedelten Jobcenter die Blumenkübel zugemüllt werden. Kann hier nicht etwas geändert werden.

Herr v. Baur informiert, dass der Ordnungsdienst bereits einen zusätzlichen Abfallbehälter aufgestellt hat. Ein Blumenkübel wurde entfernt und die beiden anderen weiter auseinandergestellt. Von Seiten des Ordnungsdienstes kann nicht mehr getan werden.

Zur Petition Herr Depkat führt **Herr Platz** aus, dass es ein Gespräch mit dem Petenten gab. Das Gespräch ist sehr friedlich verlaufen. Das Gespräch ergab, dass Herr Depkat die Lkw's selbst aufnehmen kann und der Verwaltung melden kann, damit eine gewisse Regelmässigkeit nachgewiesen werden kann.

Herr Platz informiert, dass die Probleme um das Stadtfest gelöst wurden. Es handelte sich hier lediglich um Kommunikationsprobleme.

Zur Anwendung der Zweitwohnsitzsteuer, welche am 01.07.2005 in Kraft tritt, gibt es einige Fälle, wo sich vielleicht eine Satzungsänderung erforderlich macht. Es handelt sich um die Kleingärtner sowie um Magdeburger Studenten, die ihren Hauptwohnsitz in Magdeburg haben und in Magdeburg auch eine Nebenwohnsitz haben. Es handelt sich dabei um ca. 1.900 Personen.

Zum Thema „Tot eines Obdachlosen“ gibt es keine Neuerungen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin

